

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 29

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mf. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 10. Juli 1932

Verlagsstelle: Berlin E2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin E2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Hoch die Faust zum Schlage!

Am 31. Juli hat die Arbeiterschaft Generalabrechnung zu halten mit denen, die gegen die geistige und wirtschaftliche Freiheit der deutschen Arbeiterklasse mit allen Mitteln der übelsten Demagogie anstürmen. An der Spitze der widerlichen und verlogenen Hez gegen die freie Arbeiterbewegung steht dabei die Partei des Hakenkreuzes. Deren Anhängerschaft will endlich einmal nach den großen Worten auch etwas sehen, will einen Platz an der Sonne in Gestalt von beamteten Positionen in Staat und Gemeinden, in denen sich ihre Herrennatur am Staatsbürger als Objekt austoben kann. Die jeder praktischen Arbeit zur Erhaltung der eigenen Existenz völlig entwöhnte „Führer“-Garnitur des braunschweigischen Parteibuchregierungsrates giert nach Posten, die ihr die Entfaltung ihres Herrscherdranges ermöglichen und ihre Sehnsucht nach Kasernenhoften und -magimen befriedigen. Ihr Kampf gegen das „System“ ist im Grunde nichts anderes, als in Erinnerung vergangener Zeiten ein „mach Platz, damit ich mich sehe.“

Auch ihre Geldgeber wollen einmal Laten sehen. Die Scharfmacher aller Kategorien zahlen nichts umsonst, sie wollen klingenden Lohn für ihre materielle Unterstützung des größten Volksschädlings aller Zeiten. Darum muß die Hitler-Partei im jetzigen Wahlkampf das Unmögliche möglich machen und die Truhburgen der freien Arbeiterbewegung — Partei und Gewerkschaften — zu bezwingen suchen.

Darum hat das Hakenkreuz jetzt seine Betriebszellen (NSBO.) aufgezogen, mit deren Hilfe es in die Betriebe einzudringen und so das Verlangen seiner Geldgeber auf die Zerschlagung der Gewerkschaften zu erfüllen hofft.

Doch die Hakenkreuzler wissen, daß Partei und Gewerkschaften noch zu allen Zeiten der sicherste Hort für Selbständigkeit und freie Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse gewesen sind und es auch immer bleiben werden. Darum führen sie ihren konzentrierten Angriff nur mit Lug und Trug, mit Verleumdungen und Beschimpfungen des Millionenheeres der deutschen freien Gewerkschafter. Daß sich bei solchen wahnwitzigen Beginnen schon andere den Schadel eingerannt haben, hält sie nicht ab. Auch die Erfahrung, daß nichts die deutschen freien Gewerkschafter fester zusammenschweißt, als ein vereinter Ansturm aller Gegner, gilt ihnen nichts.



So sollen sie es am eigenen Leibe spüren, daß die drohend aufgeredete Faust der deutschen freien Arbeiterbewegung jeden ihrer Feinde zerschmettert.

Hitler und seine Trabanten wissen nur zu gut, daß es ein gefährliches Spiel ist, in allen Situationen offen als Gewerkschaftsfeinde aufzutreten. Sie wissen, daß noch in jedem Arbeiter, sofern er nicht ein ganz verlottertes Subjekt ist, ein Funken von Arbeiterethik ruht, der sehr sorgsam behandelt werden will. Darum haben sie ihre Gewerkschaftsparole „Sib“ (Sine in die Betriebe) aufgebracht, die nur für den Proleten im Hitler-Reiche gilt. Darum predigt man denen, daß das Hakenkreuz nicht gewerkschaftsfeindlich, daß die Gewerkschaften nützliche Einrichtungen auch für den Hakenkreuzjüngling darstellen und daß ihr Ziel nur die „Reformierung“ der Gewerkschaften sei, daß man aus ihnen „Volksorganisationen“ machen müsse.

Den Geldgebern gegenüber spielt man jedoch mit offenen Karten. Während der kleine Führer seinen Gläubigen vorerzählen muß, daß die Nationalsozialistische Partei nichts mit sozialer Reaktion zu tun habe, reisen die großen Geister im Lande umher, um das Geld der Scharfmacher locker zu machen mit dem Versprechen der Zerschlagung der Gewerkschaften.

Strupellos verlaufend diese Burschen das Recht der freien Arbeit für einige gut dotierte Scheids für die faschistische Parteikasse.

Mit solcher Doppelzüngigkeit sucht der Faschismus nach allen Seiten hin Geschäfte zu

machen. Mit tiefen Verbeugungen vor den schwerindustriellen Kassenschränken buhlen seine Führer um die Gunst aller Scharfmacher zur Erhaltung ihrer eigenen sorgenfreien fetten Pfünde, dieweil sich ihre irreführten Anhänger mit der „alten guten Erbsensuppe“ begnügen müssen, ein Schicksal, das sie der Arbeiterschaft im ganzen zu geben gedenken. Von einer vertraglichen Sicherung der Bezahlung ehrlicher Arbeit ist bei ihnen keine Rede. Das Hakenkreuzregiment will lediglich die unterste Grenze des Lohnes festgelegt wissen. „Alles andere soll im Betriebe vereinhart werden, und entscheiden muß natürlich stets der Unternehmer“, sagt der Faschist Dr. Wagener in einer Rede über „Nationalsozialistische Produktionspolitik und Wirtschaftsorganisation“. Er hält sich damit an den Inhalt dreier Vorträge der faschistischen Reichsführerschule, in denen der Grundsatz aufgestellt ist: „Keine Tarifverträge wie heute, sondern nur noch Existenzminimum.“

Deutlicher noch war der Naziführer Straßer in einer Rede in Leipzig, als er sagte: „Zehn Befehle heben den ganzen Dreck auf. Streikende werden erschossen.“ Und der gleiche Bursche konnte weiter sagen: „Mit Aktiengesellschaften und Gewerkschaften werden die Nazis, wenn sie die Macht haben, nicht verhandeln, sie werden diese beiden jüdischen Einrichtungen zerstören.“ Das heißt mit anderen Worten:

Wer Nazimann sein will, muß im Bedarfsfall auch zum Streikbrecher, d. h. zum Lumpen an seinen Arbeitskollegen werden.

Denn das Zur-Wehr-Setzen gegen Verleumdung ist im Dritten Reich verboten, alle Rechte der Arbeiterschaft werden unterdrückt. Das Bremer Unternehmerorgan „Weserzeitung“ faßte diese Situation sehr treffend mit den Worten zusammen: „Gegen den Willen der Leitung der NSBO. dürfte also ein ernsthafter Wirtschaftskampf unmöglich sein.“ Damit ist der Nachweis erbracht, daß der Faschismus die wohlgelungene Fortsetzung der ehemaligen gelben Pest sein will, und daß er seine Anhänger strupellos um einige Silberlinge für seine Parteikasse dem Scharfmachertum verkauft. Kann man sich da wundern, wenn die faschistische Heilslehre von den Unternehmern „als Lichtblick im Dunkel des heutigen Wirtschaftselends ange sehen wird, wie ein Essener Unternehmer und Naziführer in einer Versammlungseinladung mit dem berechtigten Reichstagsabgeordneten Feder als Referent schreiben konnte?

Nicht nur das freie Menschenrecht verhöhren diese Kapitalstnechte dem erwartungsvoll der Entwicklung der Dinge harrenden Unternehmertum. Alle Errungenschaften, die Partei und Gewerkschaften in Jahrzehnte andauerndem Ringen ihren Mitgliedern gebracht haben und die den deutschen Arbeiter zu einem Kulturmenschen machten, sollen beseitigt werden. Nach dem Faschistenführer Wagener ist

„die Sozialgesetzgebung eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden“.

Diese Unverschämtheiten können ausgesprochen werden, obwohl feststeht, daß Schwerindustrie und Großagrarien, also die Geldgeber der Faschisten, den Staat als Wohlfahrtsanstalt für sich ansehen und sich mit ungezählten Millionen von ihm, d. h. mit den Großen der ehrlichen werktätigen Volkstriebe, subventionieren lassen.

Wie weit die Verrohung und Verwilderung der Sitten unter den Führern des Hakenkreuzes gediehen sind, zeigen die Ausprüche faschistischer Abgeordneter, wie des Abgeordneten Falz, der die Sozialrentner als Faulenzer und Spitzbuben bezeichnet, die in den Wald gehen und Holz stehlen und bis früh um vier Uhr im Wirtshaus herumtollern und Stat kloppen, oder wie ein Professor (!) Behn, der da sagte, daß die Arbeitslosenunterstützung arbeitscheu mache. Solche Beschimpfungen arbeitsfreudiger Menschen kann sich nur jemand leisten, der von ehrlicher Arbeit und deren wirtschaftlichen und gesundheitlichen Gefahren keine Ahnung hat.

Und solchen Wichten soll die Staatsgewalt überantwortet werden, die den deutschen Arbeiter zum Kuli übergeschnappter Maulhelden und Seelenverfäuler machen wollen und deren Arbeiterideal der sich unter dem Stiefel brutalsten Herrenmenschentums duckende Arbeitslave ist? Die Herrschaften vergessen, daß die organisierte Arbeitererschaft schon schwere Situationen genug siegreich überstanden hat, und daß sie den Teufel nicht fürchtet, wenn es um die Verteidigung ihrer Menschenrechte geht. Die deutsche Arbeitererschaft hat sich in mehr als sechzigjährigen harten Kämpfen einen Grundstock an Menschenrechten erobert.

Partei und Gewerkschaft waren ihre Führer in diesem gigantischen Ringen um Lebensraum.

Das weiß jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, und darum werden sie auch am 31. Juli daran denken, an dem Tage, der zum Schicksalstag des ganzen deutschen Volkes werden soll. Der 31. Juli soll zeigen, daß sie ihren Verleumdern und Beschimpfern eins aufs ungewaschene Maul zu schlagen verstehen. Die Nazis wollen nach dem Abgeordneten Sautel mit dem Arbeiter mit Hilfe der Faust reden, da er diese Sprache am besten versteht. Der 31. Juli soll zeigen, wer diese Sprache am besten zu sprechen versteht. Darum

Hoch die Faust zum Schlag gegen Tyrannie und Faschismus!

Gelesene Nummern

der „Buchbinder-Zeitung“

gibt man an seine unorganisierten Kollegen weiter

Ein gewerkschaftliches Wirtschaftsprogramm.

Die ungeheure Krise macht es zur zwingenden Aufgabe unserer Zeit, mit dem Kampf um die Ueberwindung der herrschenden Krisennot planvolle Maßnahmen gegen die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen einzuleiten. Der Umbau der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle Gemeinwirtschaft ist darum unerlässlich. Nachdem die freien Gewerkschaften zur Milderung der Wirtschaftskrise und zur Entlastung des Arbeitsmarktes die Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch den Staat erhoben haben, fügen sie jetzt dieser Gegenwartsforderung ihre programmatischen Forderungen für die Wirtschaftspolitik der Zukunft hinzu. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gemeinsam mit einer Anzahl Wissenschaftler zur Verhütung solcher Katastrophen, wie sie die jetzige Wirtschaftskrise darstellt, die nachfolgenden

Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft aufgestellt:

In der anzustrebenden planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft muß die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben. Aus dieser Zielsetzung ergeben sich folgende Richtlinien für eine den wahren Interessen des Allgemeinwohls dienende Wirtschaftspolitik:

1. Konjunkturpolitik und Massentaufkraft. Die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft erfordert die Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf. Zur Verhütung der Krisen und zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ist entsprechend der wachsenden Produktivität der menschlichen Arbeit eine systematische Stärkung der Massentaufkraft und die Regelung der Kapitalbildung, sowie der Kapitalverwendung notwendig. Mit der steigenden Produktivität der Arbeit ist die Arbeitszeit zu verkürzen. Die 40-Stunden-Woche ist sofort gesetzlich durchzuführen, sie muß zurzeit als das Höchstmaß der zulässigen Arbeitszeit gelten. Zur Milderung der Konjunkturschwankungen müssen Reich, Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften ausreichende finanzielle Mittel für Arbeiten und Aufträge in der Krisenzeit bereit halten. Die Träger der Sozialversicherung müssen während der guten Konjunktur Reserven bilden, deren Einsatz in der Krise dem Abinken der Massentaufkraft entgegenwirkt.

2. Industrie und Handel. Der demokratische Staat muß entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Industrie und des Handels ausüben, um sie zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken. Die Schlüsselindustrien sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen und in Gemeinbesitz zu überführen. Die Bodenschätze und die lebenswichtigsten Rohstoffindustrien, ferner die gesamte Energiewirtschaft, sowie der gesamte Verkehrsapparat, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, müssen von der Gesellschaft zum Nutzen der Allgemeinheit planmäßig bewirtschaftet werden.

In erster Linie sind zu verstaatlichen: der gesamte Bergbau einschließlich der Nebenbetriebe, die Eisenindustrie einschließlich der Schrottwirtschaft und die Metallgewinnung, die Großchemie, insbesondere die Herstellung von künstlichen

Düngemitteln, die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie.

Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand zu überführen mit dem Ziel der Verbesserung und Verbilligung ihrer Leistungen.

Alle Kartelle und ähnlichen Zusammenschlüsse von Unternehmungen sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt zu überwachen. Das Kartell- und Monopolamt hat die Anlage-, Produktions- und Absatzpolitik sowie die Festsetzung der Preise ständig zu prüfen und im Interesse der Allgemeinheit zu beeinflussen.

Um die planmäßige Verbindung zwischen Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluß der Verbraucher in Konsumgenossenschaften zu fördern.

3. Kredit- und Bankwesen. Das private Bankwesen ist durch ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmäßiger Kredit- und Kapitalverteilung zu ersetzen. Die Banken und sonstigen Kreditinstitute, sowie die Versicherungsgesellschaften, insbesondere die Lebensversicherungen als Sammelbecken des Sparkapitals, sind zu verstaatlichen. Als Uebergangsmassnahme ist der kapitalmäßige Einfluß des Staates auf die Banken auszubauen. Alle Kapitalbeteiligungen öffentlicher Stellen bei Banken sind zur durchgreifenden Sicherung ihres Einflusses auf die Geschäftsführung zu benutzen.

In der Uebergangszeit müssen die Kredite planmäßig verteilt und in der Richtung der planmäßigen volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung gelenkt werden. Diese Aufgabe hat ein zentrales Bankenamts zu erfüllen, das die Bewegung der Kredite durchleuchtet, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufstellt und durch die Durchführung dieser Richtlinien über wacht.

Das Bankenamts muß mit der Reichsbank, als der Hüterin des Geldwesens, eng zusammenarbeiten. Die Reichsbank ist von dem überwiegenden Einfluß der privaten Bank- und Industrietriebe zu befreien. In ihrem Generalrat müssen neben dem Staat und der öffentlichen Wirtschaft alle wichtigen Wirtschaftsverbände, vor allem die Gewerkschaften und Verbraucher, vertreten sein.

4. Agrarpolitik. Die Arbeiterklasse erstrebt einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land. Jedem werktätigen Landwirt gebührt ein angemessenes Einkommen für seine aufgewandte Arbeit. Der landwirtschaftliche Arbeitsertrag ist abhängig von der Erhaltung und Erhöhung der Massentaufkraft. Daher müssen alle Maßnahmen der Preisbeeinflussung, insbesondere alle Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz, auf die Kaufkraft der städtischen Verbraucher Rücksicht nehmen.

Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erlöse ist der Markt durch staatliche Handelsmonopole, sowie planmäßige Beeinflussung des Umfangs und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch staatliche Maßnahmen

und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Abzweigungen mit den städtischen Verbrauchergenossenschaften zu ver ringern.

Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern, muß der Staat das Fachwissen fördern, die Feldbereinigung beschleunigen und die Bildung von Produktivgenossenschaften unterstützen.

Der nicht mehr lebensfähige Großgrundbesitz ist in Bauernland oder in genossenschaftliche Großbetriebe umzuwandeln. Die Stedlungsstellen müssen ausreichende Lebensmöglichkeiten gewähren. Bei der Auswahl der Siedler sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede Subventionierung des Großgrundbesitzes ist einzustellen. Das Großgrundeigentum ist in Gemeinbesitz zu überführen.

5. Außenhandelspolitik. Die Außenhandelspolitik, die gegenwärtig von privaten industriellen und agrarischen Interessen beherrscht wird, ist in den Dienst der Lenkung der Volkswirtschaft zu stellen. Sie hat die Einordnung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung zu fördern und der Gefahr ihrer Abschmürung vom Weltmarkt vorzubeugen.

Die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands muß auf den Abbau der Handels hemmnisse gerichtet sein. Deutschland muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Wiederherstellung des internationalen Währungs- und Kreditzusammenhanges fördern. Besonders muß der enge Zusammenschluß der europäischen Wirtschaftskräfte angestrebt werden.

Mit dem Ausbau der Planwirtschaft wird an die Stelle der heutigen privaten Außenhandelsbeziehungen der staatlich organisierte internationale Güteraus tausch auf der Grundlage eines Außenhandelsmonopols treten.

6. Aufbau der Planwirtschaft. Schon im Rahmen des bestehenden Wirtschaftsystems müssen die Ansätze zur Planwirtschaft zusammengefaßt, im besonderen die einheitliche Führung der Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand sichergestellt werden. Mit dem Aufbau der Planwirtschaft und deren Leitung ist eine zentrale Planstelle zu betrauen. Diese hat in enger Zusammenarbeit mit dem Banknamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmäßige Entwicklung hinzuwirken.

Entsprechend der fortschreitenden Verstaatlichung der Banken und der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft hat die Planstelle in Verbindung mit dem Banknamt volkswirtschaftliche Kreditverteilungspläne aufzustellen. Mit den Organen des Außenhandelsmonopols muß sie die Richtlinien für den Außenhandel festlegen.

Der Ausbau der Planwirtschaft muß Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. In allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Ueberwachung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete dienen, sind gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

Unsere Gautage.

Gau Thüringen.

Der Gautag des Gau es Thüringen fand am 25. und 26. Juni in Jena statt. Der Einladung waren alle Zahlstellen bis auf Koburg und Ruhla gefolgt. Kollege Machner verwies in seiner Eröffnungsansprache darauf, daß der letzte Gautag, Mai 1928 in Friedrichroda, in einer Zeit stattgefunden hat, in der

Franz Bytomski — Minna Schreihart.

Am 30. Juni sind wiederum zwei unserer Angestellten infolge gesundheitlicher Störungen und Alterserscheinungen aus den Diensten unseres Verbandes ausgeschieden, nachdem sie jahrzehntelang ihre Arbeitskraft der Vertretung der Interessen ihrer Kollegen und Kolleginnen erfolgreich gewidmet haben.

Franz Bytomski war viele Jahre als erster Kassierer der Zahlstelle Berlin tätig. Am 1. April 1903 wurde er als Arbeitsvermittler angestellt, nachdem er schon viele Jahre vorher ehrenamtlich seine ganze Kraft in den Dienst der Zahlstelle Berlin gestellt hatte. Im Jahre 1905 übernahm er die Kassengeschäfte der Zahlstelle. Seiner Tätigkeit ist es zu danken, daß der Verband und besonders die Zahlstelle Berlin aus- und aufgebaut werden konnte. Franz Bytomski war stets bemüht, die Sache der Mitglieder bestens zu vertreten. Immer bei der Sache, war er auch in schwierigen Situationen mit gutem Erfolg bestrebt, im Interesse des Verbandes und der Mitglieder tätig zu bleiben. Die an den Kassierer der Zahlstelle Berlin gestellten besonders hohen Anforderungen haben ihn vorzeitig arbeitsunfähig gemacht. Wir sind dem Kollegen Bytomski Dank schuldig für seine Tätigkeit und wünschen ihm, daß ihm noch viele Jahre Gelegenheit gegeben ist, sich der wohlverdienten Ruhe zu erfreuen.

Minna Schreihart kam am 1. Juli 1911 als Hilfsarbeiterin in das Verbandsbüro. Auch sie war vor dem viele Jahre ehrenamtlich in der Zahlstelle Berlin, vor allem unter den Kolleginnen, werbend tätig. Von Ende 1917 bis zum Anfang 1920 widmete sie ihre Kraft der Zahlstelle Leipzig, dann wurde sie wieder in das Hauptbüro übernommen. Sie war nebenamtlich von 1924 bis 1928 zweite Bevollmächtigte in der Zahlstelle Berlin, seit 1924 Beisitzerin im Schlichtungsausschuß und im Gewerbegericht (päter Arbeitsgericht), und seit der gleichen Zeit auch Vorsitzende der Berliner Frauent Kommission. Frau Schreihart war mit der Berliner Kolleginnenbewegung besonders verwachsen. Im Alter von nicht ganz 62 Jahren mußte Kollegin Schreihart jetzt infolge untergrabener Gesundheit ihre Tätigkeit aufgeben. Auch ihr gebührt unser Dank für ihre jahrzehntelange unverdrossene Arbeit im Dienste des Verbandes. Wir wünschen ihr einen recht langen und heiteren Lebensabend.

wir uns den Vorteil eines wirtschaftlichen Höchststandes zunutze machen konnten. Die 1930 einsetzende Wirtschaftskrise brachte jedoch bald eine immer steigende Arbeitslosigkeit und damit drückende Not für die Arbeiterschaft. Aus der Weltwirtschaftskrise wurde die Weltfinanzkrise und daraus die unheilvolle politische Verwirrung. Die Regierung Brüning hatte uns schwere Lasten auferlegt. Der Hochfinanz, der Schwer- und Großindustrie und den Großagrariern, mit Einschluß der Nazis war alles noch nicht genug. Deren auf Lüge und Verleumdung aufgebauten Wählerarbeit gelang es, die Regierung Brüning zu stürzen. Die Regierung v. Papen kam, die zwar den Schutz der Bemittelten und Besitzenden, dafür aber auch die Belastung der Arbeiterklasse in noch nie dagewesenem Umfang ausbaute, unter Duldung der Nazis. Es ist heute dringend erforderlich, daß sich die Arbeiterklasse — und vor allem auch unsere Kollegenschaft — fester zusammenschließt. Aller Bruderschwist hat zu unterbleiben, alles Kleintliche muß beiseite gelassen werden. Die bürgerliche Presse übt immer noch eine verhängnisvolle Beeinflussung auch auf Teile unserer Kollegenschaft aus. Erkennen wir das, dann wird der 31. Juli die Regierung Papen-Schleicher hinwegfegen und große Gefahren für die Gewerkschaftsbewegung sind gebannt.

Kollege Wagner begrüßte die Erschienenen im Namen der Zahlstelle Jena und des Ortskartells. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß von den Bruderverbänden Gauleiter Wislaug von den Buchdruckern und Gauleiter Wambacher von den graphischen Hilfsarbeitern erschienen waren.

Den Geschäfts- und Kas senbericht erstattete Kollege Machner. Der Kas senbericht lag vervielfältigt vor. In der Berichtszeit fanden fünf Bezirksversammlungen statt. Ferner fünf Bezirkskonferenzen für Funktionäre. Außerdem wurden für Agitation, Tarifverhandlungen, Koststandsunterstützung an Funktionäre, berufliches Bildungswesen, Jugendtreffen und Lehrlingsfahrten bedeutende Sum-

men ausgegeben. Alle diese Veranstaltungen haben mit dazu beigetragen, das Interesse unserer Mitglieder zu stärken. Weiter begründete Machner die Stellung des Gauvorstandes zur Abhaltung des Gau-tages, er kritisierte dabei die Haltung einiger Funktionäre. Zum Schluß wies er auf die einzelnen Ausgabenposten hin und stellte fest, daß ein Kas senbestand von 1829,11 Mt. vorhanden ist. In der recht lebhaften Diskussion wandten sich mehrere Redner gegen die Abhaltung geteilter Bezirkskonferenzen, weil durch diese Beschlüsse der einen von der anderen durch Ablehnung illusorisch gemacht worden sind. Wenn solche geteilten Konferenzen nur der größeren Geldersparnis wegen abgehalten worden sind, dann soll in Zukunft bei wichtigen Anlässen nicht so sehr gespart werden.

Ueber den Verbands tag berichtete auf Antrag einiger Verbandstagsdelegierten und unterstützt von anderen Funktionären ebenfalls Kollege Machner. Dieser verwies auf die ausführlichen Berichte in der „Buchbinder-Zeitung“. Außerdem ist auch auf die sehr ausführlichen Jahresberichte des Verbandsvorstandes hinzuweisen, durch die jedes Mitglied die Möglichkeit hat, sich über alle Vorgänge im Verbandsleben zu unterrichten. Wenn sich der Verbandstag zu wesentlichen Kürzungen unserer Unterstützungen entschlossen hat, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß unser Verband seine Mitglieder in geradezu vorbildlicher Weise unterstützt hat und damit sehr viel Not lindern half. Er hat auch die Beschlüsse des Düsseldorf Verbandsstages reiflich durchgeführt und darüber hinaus den Ausgesteuerten noch Extraausstattungen zuteil werden lassen. Und wenn wir jetzt nach der eingetretenen Kürzung der Unterstützungs sätze diese mit denen anderer Verbände vergleichen, dann können wir uns immer noch sehr gut setzen lassen. Die Kritik auf dem Verbandstag lief in der Hauptsache darauf hinaus, daß schon im vorigen Jahre mit der Kürzung der Unterstützungen hätte begonnen werden sollen, damit der jetzige Eingriff nicht so hart zu sein brauchte. Redner kam dann auf die Ausfühungen des Kollegen Spließ zu sprechen, nach dem wir unser Augenmerk in erster Linie auf die Ausgestaltung bzw. Erhaltung unserer Arbeits- und Lohnbedingungen zu richten haben und erst in zweiter Linie auf die Unterstüzungseinrichtungen. Der Kampfcharakter der Gewerkschaften wird in der nächsten Zeit stärker in die Erscheinung treten müssen. Zum Schluß behandelte Machner die Verhandlungen mit dem Deutschen Buchdruckerverein und dem Verband deutscher Buchbinderbesitzer. Wenn es auch in einigen Branchen bezüglich des Beschäftigungsgrades recht trübe aussieht, dann brauchen wir dennoch nicht zu verzweifeln, wenn wir die Kampffähigkeit unserer Organisation prüfen. Die Unternehmer haben unter der Krise noch mehr gelitten als wir.

Gauleiter Kollege Wambacher gab anschließend einen Bericht über den Tarifkampf der graphischen Hilfsarbeiter, der mit einem vollen Erfolg durchgeführt werden konnte. Während dieser Lohnbewegung haben die Unternehmer versucht, betriebsweise Sonderabschlüsse mit den Hilfsarbeitern zu treffen. Das ist ihnen auch in einigen Fällen gelungen. Bei dem jetzt getätigten Tarifabschluß wurde vereinbart, daß die, die durch Sondervereinbarung in eine niedrigere Bezahlung eingewilligt haben, diese bis zum 1. September behalten, obwohl sonst Lohnkürzungen nicht in Frage kommen. Wenn die Organisationsleitung bekannt gibt, daß Sonderabmachungen auf keinen Fall getätigt werden dürfen, dann haben die Mitglieder die Pflicht, das zu beachten. Tun sie es nicht, dann fallen sie ihrer Organisation in den Rücken und sie müssen ihr Abweichen selbst büßen.

In der sich anschließenden Diskussion wurden die Ausführungen des Berichterstatters ergänzt. Kritik wurde daran geübt, daß der Verbandsorganistand den Beirat nicht rechtzeitig einberufen hat. Im übrigen wurde es von der Mehrzahl der Redner begrüßt, daß der Beirat erhalten geblieben ist. Die sehr lebhafteste Ausprache ließ erkennen, daß man allgemein ein besseres Zusammengehen mit den übrigen graphischen Verbänden anstreben sollte. In dieser Beziehung wies der Gauleiter der Buchdrucker, Kollege Wislaug, darauf hin, daß schon jetzt die Thüringer Gauleiter und Gauvorstände der graphischen Verbände bei wichtigen Anlässen Besprechungen gehabt haben und im vorigen Jahre in richtiger Erkenntnis der Situation gemeinsame Versammlungen veranstalteten. Leider haben nur wenige deren Wert zur rechten Zeit erkannt. Ein Mangel liege also nicht bei den Leitungen der Verbände, sondern bei den Mitgliedern selbst

Am Schlußwort ging Kollege Wachner auf die Ausführungen der einzelnen Redner ein. Er wünschte, daß die Mitglieder ihren Führern volles Vertrauen entgegenbringen, um so leichter werden wir die schwere Zeit überleben.

Zum Schluß wurden wichtige Mitteilungen gemacht, außerdem nahm man zu den Wahlen Stellung. Als Beiratsmitglieder wurden die Kollegen Hecht-Altenburg, Heerdegen-Weimar und Ringenschnidt-Eisenberg vorgeschlagen, als Erfahrmittglieder Gräbe-Altenburg und Hallupp-Halle. Als Gauleiter und Tarifausschufsmittglied benannte der Gautag einstimmig den Kollegen Wachner.

Mit beherzigenswerten Worten und mit einem Hoch auf den Verband und die graphischen Organisationen schloß Kollege Wagner den Gautag. R.-L.

Ueber unsern Verbandstag

ist weiter in den folgenden Zahlstellen berichtet worden:

Die Zahlstelle **Hamburg-Altona** nahm am 17. Juni in ihrer gut besuchten Mitgliederversammlung den Bericht über die Arbeiten und Beschlüsse des Verbandstages durch den Kollegen Konradt entgegen. Dieser hob hervor, daß sich die Verhandlungen durch besondere Sachlichkeit und Würde auszeichneten. Sämtliche Delegierten waren von dem Gedanken befeelt, unter allen Umständen den Fortbestand des Verbandes zu sichern und die Klassenverhältnisse so zu gestalten, daß wir auch den kommenden schweren Kämpfen gerüstet gegenüberstehen. Besonders schwer fiel es den Delegierten, ihre Zustimmung zum Abbau der Invalidenunterstützung und zur vorläufigen Einstellung der Krankenunterstützung zu geben. Der Referent schilderte eingehend auch die übrigen gewaltigen Einsparungen auf allen Gebieten. Es wird gesparrt, wo nur gesparrt werden kann. Der Bericht wurde ergänzt durch Ausführungen des Kollegen Lange.

In der Debatte wurde kritisiert, daß der Verbandsvorstand nicht schon in den Jahren 1927 bis 1928 Gelegenheit genommen hatte, durch Einberufung des Beirates die Beiträge zu erhöhen. Die Klassenverhältnisse wären jetzt bessere gewesen, so daß eine Neubezugung des Beitrages hätte vorgenommen werden können. Besonders wurde der Abbau der Invalidenunterstützung kritisiert und gewünscht, daß der Verbandsvorstand baldmöglichst in der Lage sein werde, eine Neubezugung vorzunehmen. Weiter wurde zu einer großzügigeren Mitgliederwerbung aufgefordert.

Den Bericht vom Gautag erstattete Kollege Wünderich. Bemängelt wurde die Interesslosigkeit der Hamburger Kollegenschaft anlässlich der Eröffnung des Gautages. Zum Schluß hat Kollege Braach, auf die Nazibetriebszellenbildung ein scharfes Auge zu haben. Anschließend gab er noch einen Bericht über stattgefundene Lohnverhandlungen für die Druckereibuchbinder bei der Zigarettenfabrik Reemtsma A.-G. Mit einem Hinweis auf die Tarifbewegung der graphischen Hilfsarbeiter wurde die Versammlung geschlossen.

Die Zahlstellen der **Niederlauf** hielten am 26. Juni in Kottbus eine gemeinsame Versammlung ab, in der Kollege Lemser als Berichterstatter erschienen war. Dieser gab ein gutes Stimmungsbild vom Verbandstag. Redner legte dar, wie die einzelnen Delegierten nach bestem Wissen und Gewissen die Interessen der Kollegenschaft wahrgenommen haben.

Die Diskussion war eine reichhaltige. Es kam zum Ausdruck, daß der Verbandstag dem Invalidenbeitrag während Krankheit und Erwerbslosigkeit hätte zustimmen sollen und daß man schon früher die Unterstützungsfähige abbauen sollte, um jetzt nicht den großen Sprung machen zu müssen. Nach der neuen Einteilung sei es nicht möglich, daß Kollegen im vorgerückten Alter überhaupt in den Genuß der Invalidenunterstützung kommen. Bedauert wurde der Wegfall der Krankenunterstützung, da diese den weiblichen Mitgliedern gegenüber immer ein gutes Agitationsmittel war. Ausgesprochen wurde auch, daß unser ganzes Unterstufungswesen viel zu hoch gewesen ist und daß darum jetzt der Abbau um so schwerer empfunden wird.

Dann teilt Kollege Größ mit, daß die Mitgliederversammlung von Kottbus einstimmig beschlossen hat, zum Verbandsbeitrag den Kollegen Größ, und zum Tarifausschuf den Kollegen Schmidt in Vorschlag zu bringen. Die Aussprache ergab, daß die Versammlung diesen Vorschlag mit der Ergänzung annahm, daß Kollege Hesse-Sprengberg als Erfahrmann vorgeschlagen wird. Laut Statut haben die Gauvorstände

den Gauvorstand zu wählen. Die Versammlung konnte sich nicht damit einverstanden erklären, sie wünschte, daß die Zahlstellen des Gaus auch die Kollegen, die das Vertrauen erhalten sollen, mitzuwählen haben. Vor dem nächsten Verbandstag sollen Bezirkskonferenzen einberufen werden und der Gautag hat nach dem Verbandstag stattzufinden.

Kollege Lemser konnte feststellen, daß Einmütigkeit darüber besteht, daß die Opfer groß sind, daß aber die Kollegenschaft trotzdem den Boden der Gewerkschaft nicht verlassen wird. Zum Schluß dankte Kollege Größ dem Kollegen Lemser für seine aufopfernde Tätigkeit. Er stellte fest, daß im Kollegen Lemser ein Kollege als Gauleiter vorhanden ist, der sein Amt zur vollsten Zufriedenheit ausübt und der des Vertrauens der Kollegenschaft würdig ist. Dem neugewählten Gauvorstand kann trotz der gewünschten Veränderung ebenfalls das Vertrauen ausgesprochen werden.

* * *

In **München** nahm die gut besuchte Generalversammlung vom 24. Juni den Bericht vom Verbandstag entgegen. Kollege Müller berichtete. An Hand gut übersichtlichen Materials gab er ein lebendiges Bild der Leistungsfähigkeit des Verbandes während der vergangenen Jahre. Erst die nun schon lange währende schwere wirtschaftliche Krise machte es notwendig, eine Sanierung vorzunehmen und die verminderten Einnahmen mit den immer größer werdenden Ausgaben in Einklang zu bringen. Zum Schluß richtete Kollege Müller einen kräftigen Appell an die Versammlung, trotz der vorgenommenen notwendigen Sanierungsmaßnahmen geschlossen zusammenzustehen, um den Anforderungen, die an die Organisation in kürzester Zeit gestellt werden, vollauf gerüstet entgegengehen zu können. Die Kollegen Knöblmayer, Faust und Osterrieder ergänzten wirkungsvoll den Bericht durch besondere Ausführungen.

Den Berichten schloß sich eine äußerst lebhaft ausgeführte, in der besonders der starke Abbau der Unterstufungen kritisiert wurde.

Als Tarifausschufsmittglied wurde Kollege Faust in Vorschlag gebracht, als Beiratsmitglied Kollege Knöblmayer und als dessen Erfahrmann Kollege Osterrieder.

* * *

Die Zahlstelle **Würzburg** hielt am 18. Juni eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, in der zu den Beschlüssen des Verbandstages Stellung genommen wurde. Mit bester Aufmerksamkeit wurde die Berichterstattung unseres Delegierten, Kollegen Walz, entgegengenommen. Kollege Walz verstand es ausgezeichnet, alle Maßnahmen des Verbandstages in ihren Ursachen und Zusammenhängen darzulegen, so daß die Anwesenden ganz am Ende des entsprechenden Schlußfolgerungen kamen. Obwohl die Beschlüsse des Verbandstages in Unterstufungswesen nach allen Seiten als drückend und zum Teil sehr hart empfunden werden, wurde auch in der Diskussion deren Notwendigkeit anerkannt und die Arbeit dieses Verbandstages entsprechend gewürdigt.

Mit der Aufforderung an alle Mitglieder, in dieser schweren Zeit dem Verbandsrat die Treue zu halten und sich nicht durch verleumderische Angriffe auf den Verband von rechts und links irreführen zu lassen, fand die Versammlung ihren Abschluß. Nur durch solidarisches Zusammenhalten aller Mitglieder kann dem Ansturm der sozialen und politischen Reaktion begegnet werden.

Berichte.

Leipzig. Am 13. Juni fand unsere verhältnismäßig gut besuchte Generalversammlung statt, die zu Beginn die verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise ehrte. Kollege Haffner erstattete den Quartalsbericht. Die Arbeitslosenziffer hat sich von Januar bis März von 48,2 auf 50,2 Proz. erhöht. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des ersten Quartals 6778. Kollege Haffner wünscht bessere Beachtung der Fristen bei Klageeinreichungen und mehr Vertrauen gegenüber dem Betriebsrat und Organisationsvertreter in bezug auf Klagevertretung von Arbeits- und Tarifschiedsgericht. Er kritisiert die oft unkollegialen Aussagen von Zeugen, die offensichtlich unter dem Druck der Arbeitgeber stehen. Die Beitragsleistung in den Betrieben ist durch die Spaltungsbekämpfungen der RGO. nicht überall korrekt eingehalten worden. Damit werden die Geschäfte der Nazis besorgt. Es ist Aufgabe der Kollegenschaft, in einer Zeit, in der die reaktionärste Regierung am Ruder ist und die Errungenschaften der Arbeiterschaft sehr stark bedroht sind, fest zusammenzustehen, Treue und Solidarität der Gewerkschaftsbewegung zu wahren, um auch weiterhin unsere aus der Produktion ausgeflossenen Mitglieder unter-

stützen zu können. Unsere Klassenverhältnisse zwingen uns, in der Ausgesteuertenunterstützung eine Veränderung eintreten zu lassen. Ein Antrag der Ortsverwaltung wurde vorgelegt, nach dem die schwächere Unterstufung in Wegfall kommt und dafür eine monatliche Ausgesteuertenunterstützung mit einer Staffelform von 6 bis 12 Monaten tritt.

Kollege Bönsch berichtete ergänzend über die Klassenverhältnisse. Die Ausgaben steigen noch weiter, sie werden nur zu 25 Proz. durch Einnahmen gedeckt. Er empfiehlt darum den Antrag der Ortsverwaltung. In der Diskussion verlangen die Freunde von der Rinken, die Unterstufungseinrichtungen fallen zu lassen und den Antrag der Ortsverwaltung abzulehnen. Der Beitrag soll dazu verwendet werden, die Kampfkraft der Gewerkschaft zu stärken. Sie bestritten, daß durch ihre Agitation die Beitragsleistung zurückgegangen sei. Sie fordern die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, Ablehnung der Schlichtungsausschüsse und Ablehnung jeden Lohnabbaus, damit das kapitalistische System zusammenbricht. Die Kollegen Müller, Bönsch und Lorley bezeichnen die Politik der RPD. und der RGO. als ein demagogisches Spiel mit der Arbeiterschaft und weisen auf den preußischen und sächsischen Volksentscheid, auf die Wahlen in den Städten und Gemeinden und auf die markt-schreierischen „Siege“ der RGO. hin. Damit unterstützen sie nicht nur die Fachlisten in den Parlamenten, sondern ihre Mitglieder stehen mit mindestens 25 Proz. in den Kampforganisationen der Nazis. Zum Schluß empfahlen sie die Annahme des Antrages der Ortsverwaltung als eine Tat der Solidarität für die ausgesteuerten Erwerbslosen. Der Antrag der Ortsverwaltung wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Kollege Minkwitz (SAP.) fordert auf, alle grundsätzlichen Differenzen der Parteien zurückzustellen, um gemeinsam den Kampf gegen den Faschismus zu führen. Er beantragte, den ADGB. aufzufordern, einen Kampfblock aller antifaschistischen Kräfte zu bilden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und auf die Unterstützung der Sammenschaften hingewiesen.

Kollege Haffner berichtete dann über die B.-handlungen und den Abschluß für die Druckereibuchbinder und über den Stand der Verhandlungen mit dem ADGB.

In den Tarifausschuf wurden die Kollegen Hefke und Haffner wiedergewählt. Auf die Beiratswahl, Angestelltenwahl und den Aufmarsch der Sammenschaften hinweisend wurde die Versammlung geschlossen.

Wilhelm Krellenberg †

Auf tragische Weise ist Kollege **Wilhelm Krellenberg** aus unserer Mitte gerissen, ansehend wurde er das Opfer eines Raubüberfalls. Am Freitag, dem 1. Juli, verrichtete er noch seine Dienste als zweiter Kassierer bei der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse, am Sonnabend wurde er tot und mit Kopfverletzungen im Landwehrkanal gefunden.

Mit dem Kollegen Krellenberg ist der Berliner Buchbinderbewegung ein außerordentlich tüchtiger Funktionär genommen worden. Er wurde schon frühzeitig Funktionär des Verbandes. Seit vielen Jahren ist er Mitglied der Spartakommission für Vorrichter und seit etwa einem Jahre Mitglied der Branchenleitung und der erweiterten Verwaltung gewesenen.

Auch in der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse hat er sich stark betätigt. Seit 13 Jahren ist er dort, nachdem er früher lange Jahre Vertrauensmann der Werkstube Wübben war, als zweiter Kassierer tätig. Mit Wilhelm Krellenberg geht unserer Bewegung einer der uneigennützigsten Menschen verloren. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Ortsverwaltung Berlin.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse,
Verwaltungsstelle Berlin.

(Die Einäscherung findet am 9. Juli, nachmittags 4 Uhr, in Baumschulenweg statt.)

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Adressenänderungen:

B. = Bevollmächtigter, K. = Kassierer.

Schmölln i. Thür.: B.: Paul Mattes, Weststraße 25,
K.: K. Papst, Brückenplatz 17, bei Missetwitz.

Der Verbandsvorstand.